



Europawahlen – Gefährliches Desinteresse?

Von Lars Kelich

„ON THE TURNING AWAY FROM THE PALE AND DOWNTRODDEN // AND THE WORDS THEY SAY WHICH WE WON'T UNDERSTAND // DON'T ACCEPT THAT WHAT'S HAPPENING IS JUST A CASE OF OTHERS SUFFERING // OR YOU'LL FIND THAT YOUR JOINING IN THE TURNING AWAY.“ – PINK FLOYD (MUSIKGRUPPE)

Vielerorts hört man Bürgerinnen und Bürger die Frage stellen: „Was interessiert mich denn Europa? Dort wird doch ohnehin nichts verändert.“ Sogar manche Ortsvereine der SPD haben beschlossen, keinen Wahlkampf für das EU-Parlament zu machen, weil sie auch Gelder für den kommenden Bundestagswahlkampf benötigten. Diese fatale Fehleinschätzung der Bedeutung europäischer Politik ist leider in der Gesellschaft weit verbreitet. Den Menschen ist oft nicht klar, dass zum Beispiel Landwirtschaftspolitik fast ausschließlich Sache der Europäischen Union ist; es wird in der EU entschieden, ob gentechnisch veränderte Lebensmittel auf dem europäischen Markt zugelassen werden oder nicht; es wird in der EU entschieden, welche Subventionen für Landwirtschaft wohin fließen sollen. Doch soll die EU tatsächlich ein rein wirtschaftlich zusammenarbeitendes Konstrukt bleiben? Wir sagen NEIN.

Es ist dringend erforderlich, dass das europäische Parlament, das nun neu gewählt wird, in seinen Kompetenzen gestärkt wird und vor allem, dass das Parlament auch sozialpolitische Kompetenzen erhält, damit es zum Beispiel europaweite Mindestlöhne geben kann. Auch in der Umweltpolitik gilt es, dass das Parlament deutlich andere und neue Anstöße gibt. Viele Menschen wissen nicht, dass der geplante Atomausstieg eine Planung ist, die fast ausschließlich in der deutschen Politik diskutiert wird. Andere Staaten der EU sind entweder daran nicht interessiert oder wollen im Gegenteil Atomkraftwerke ausbauen. Es ist sicherlich schwierig, hier einen europaweiten Konsens herzustellen, aber ziel führend ist es allemal.

Grundsätzlich muss man feststellen, dass die Konservativen, CDU und ihre Schwesterparteien aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten, und die Liberalen, FDP und ihre Schwesterparteien aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten, die derzeit gemeinsam die Mehrheit im EU-Parlament haben, eine sehr menschenfeindliche und marktradikale Politik vorantreiben. Die Forderung nach Zwangsliberalisierung der Wasserversorgung ist dabei nur ein Baustein ihrer Politik – damit gerät die öffentliche Daseinsvorsorge immer mehr in Gefahr. Dieser Weg ist inakzeptabel.

Auch der im Vertrag von Lissabon festgeschriebene Wirtschaftsliberalismus der EU löst keine Probleme, sondern schafft neue. Nichtsdestotrotz enthält dieser Vertrag auch eine Reihe von Fortschritten, die man auch als solche erkennen kann. So wird zum Beispiel grundsätzlich die Kompetenz des Parlaments auf eine Ebene mit der des Ministerrats angehoben. Diese Stärkung des Parlamentarismus ist zugleich immer eine bedeutende Stärkung der Demokratie, da das Parlament von allen EU-Institutionen die stärkste demokratische Legitimation hat. Hinzu kommt, dass durch den Vertrag ein EU-weites Bürgerbegehren eingeführt wird. Das ist eine enorme Stärkung der Mitbestimmung der Bevölkerung und ermöglicht dadurch ein höheres Maß an demokratischer Partizipation für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Zudem, und auch das ist Bestandteil des Vertrages, ist es sicherlich nicht verkehrt, einen eigenen EU-„Außenminister“ zu haben. Das ist ein großer Schritt in Richtung Internationalisierung und verhilft eventuell der EU dazu, in außenpolitischen Fragen mehr mit einer Stimme zu sprechen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Aus diesen Gründen ist es auch keine Lösung, den Vertrag abzulehnen, wie es die Partei DIE LINKE tut. Man sollte ihm zunächst ratifizieren, um die Demokratie und den Parlamentarismus zu stärken - und dann, im Anschluss an diese Maßnahmen, sollte man eine Vertragsnovellierung machen, um den Wirtschaftsliberalismus aus den Verträgen zu verbannen.

All diese Maßnahmen sind nur zu schaffen, wenn es neue Mehrheiten bei den Parlamentswahlen gibt.

Wir setzen uns für eine Stärkung der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament ein und wollen, dass sie die bestimmende politische Kraft in Europa wird.